

Medieninformation

Sächsische Staatskanzlei

Ihr Ansprechpartner
Ralph Schreiber

Durchwahl
Telefon +49 351 564 10300
Telefax +49 351 564 10309

presse@sk.sachsen.de*

26.03.2019

„Global denken – lokal handeln“

Gemeinsame Konferenz zur kommunalen Entwicklungszusammenarbeit

Dresden (26. März 2019) – Voneinander lernen und so wichtige Projekte in Ländern mit Entwicklungsbedarf anschieben: In Dresden kommen dazu Kommunen, Landkreise, Vereine und kommunale Unternehmen im Hygienemuseum Dresden zusammen. Ziel der Konferenz „Global denken – lokal handeln: Chancen und Möglichkeiten der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit“ ist es, sich über bereits realisierte Projekte und bestehende Kooperationen untereinander auszutauschen, einen Überblick über Fördermöglichkeiten zu erhalten und Anstöße für neue Initiativen zu geben. Es ist die erste Konferenz dieser Art in Sachsen.

Der Ministerpräsident betont: „Wir Europäer haben ein eigenes Interesse daran, dass für unsere Nachbarn in Afrika und dem Nahen Osten Lebensperspektiven in der eigenen Heimat entstehen. Unser Handeln ist ein Gebot der Humanität und steht für mich im Einklang mit dem christlichen Menschenbild. Es liegt aber auch bei Themen wie Umwelt- und Naturschutz, Migration sowie nachhaltiger Ressourcennutzung und Produktion im wohl verstandenen Eigeninteresse. Deshalb hat der Freistaat die Entwicklungszusammenarbeit in den Fokus gerückt. Indem Städte und Gemeinden, Landkreise und Vereine bei Themen wie Umweltschutz, Nachhaltigkeit und Migration gemeinsame Projekte anschieben oder sich in kommunalen Partnerschaften mit Gemeinden in Ländern mit Entwicklungsbedarf engagieren, entstehen noch bessere lokale und weltweite Vernetzungen. Unser Tun muss dabei am Bedarf der lokalen Partner ausgerichtet sein, die Bevölkerung vor Ort unterstützen und den Handlungsspielraum korrupter Regime einengen.“

Einige sächsische Kommunen arbeiten bereits seit vielen Jahren selbstständig eng mit Partnern in Entwicklungsländern zusammen, u.a. bei der energieeffizienten Sanierung, beim Umweltschutz oder beim fairen Handel.

Hausanschrift:
Sächsische Staatskanzlei
Archivstr. 1
01097 Dresden

www.sk.sachsen.de

Verkehrsverbindung:
Zu erreichen mit den
Straßenbahnlinien 3, 6, 7, 8, 9, 13

Für Besucher mit Behinderungen
befinden sich gekennzeichnete
Parkplätze am Königsufer.
Für alle Besucherparkplätze
gilt: Bitte beim Pfortendienst
melden.

* Kein Zugang für verschlüsselte
elektronische Dokumente. Zugang
für qualifiziert elektronisch signierte
Dokumente nur unter den auf
www.lsf.sachsen.de/eSignatur.html
vermerkten Voraussetzungen.

„Die sächsischen Kommunen übernehmen Verantwortung und helfen, wo Not herrscht. Damit schaffen sie ganz konkrete Bleibeperspektiven für die Menschen vor Ort. Gleichzeitig kann die öffentliche Hand als größter Nachfrager am Markt noch stärker Vorbild für eine gerechte Globalisierung sein. 175 Milliarden Euro geben deutsche Kommunen jährlich aus: für Bettwäsche und Arztkittel in den Krankenhäusern, für Pflastersteine vor den Rathäusern oder auch den Kaffee in den Kantinen. Wenn die sächsischen Städte und Gemeinden auf faire Produkte in der öffentlichen Beschaffung setzen, können sie maßgeblich mithelfen, dass die Herstellung frei von Kinderarbeit ist, faire Löhne in Entwicklungsländern gezahlt werden und die Menschen eine Perspektive in der Heimat haben“, sagt Dr. Gerd Müller, Bundesminister für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit.

Hintergrund:

2015 haben die Vereinten Nationen die Agenda 2030 verabschiedet, die 17 Ziele für eine nachhaltige Entwicklung enthält und die Grundlage entwicklungspolitischen Handelns ist. Mit ihrer lokalen Expertise, Nähe zu wichtigen Akteuren sowie Erfahrung bei der Umsetzung von Nachhaltigkeits- und Entwicklungspolitik leisten die Bundesländer einen wichtigen Beitrag zur Erreichung der Ziele bis zum Jahr 2030. Angesichts dessen unterstützt der Freistaat Sachsen seit 2017 entwicklungspolitische Projekte und Initiativen. Die Abgeordneten des Sächsischen Landtages haben mit Beschluss des neuen Doppelhaushaltes 2019/2020 die Mittel von vormals 400.000 Euro pro Jahr nun auf 550.000 (2019) bzw. 700.000 Euro (2020) erhöht.